

SPIEGEL: Ist die Burka nicht ein Verstoß gegen die Würde des Menschen?

Kauder: Ob eine Burka der Würde der Frau wirklich gerecht wird, wage ich zu bezweifeln. Aber ich sehe keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

SPIEGEL: Aber wenn eine Burka die Würde des Menschen verletzt, ist sie ein Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes.

Kauder: Soweit die Frauen freiwillig eine Burka tragen, ist dies kein Verstoß gegen die Würde. Und ich kann nicht prüfen, ob es freiwillig geschieht oder nicht.

SPIEGEL: Das Thema Präimplantationsdiagnostik, PID, verbindet derzeit Politik und Religion. Wie stehen Sie als Christ dazu?

Kauder: Das Bundesverfassungsgericht sagt: Es darf keine Verzweckung des Menschen stattfinden. Dies sei mit der Würde des Menschen unvereinbar. Und ich bin schon frühzeitig in meinem Leben zu der Überzeugung gekommen, dass der Mensch kein Recht hat, über menschliches Leben zu verfügen.

SPIEGEL: Ist eine befruchtete Eizelle ein Mensch?

Kauder: Ich bin der Überzeugung, dass menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle beginnt, weil dieser Vorgang etwas ganz Neues erschafft. Danach gibt es keinen entscheidenden Qualitätssprung mehr – danach gibt es nur noch quantitative Entwicklungen.

SPIEGEL: Sollte die PID also unter Strafe gestellt werden?

Kauder: Ich bin für ein Verbot der PID und eine Strafbewehrung. Es handelt sich nicht um eine solche Konfliktsituation wie nach einer Vergewaltigung, wenn sich die Frage der Abtreibung stellt. Dort hat der Staat seinen Strafanspruch verloren. Und eines weiß ich ganz genau: Der Versuch, die PID auf einige wenige Fälle zu beschränken, wird nicht gelingen. Es wird nach meiner Überzeugung fast zwangsläufig zu Selektionen kommen. Was wird der Arzt bei einer Frau tun, die schon zwei Mädchen hat und unbedingt einen Jungen will, wenn alle mit der PID untersuchten Eizellen gesund sind, zwei Eizellen aber weiblich und eine männlich?

SPIEGEL: Der Junge-Union-Chef Philipp Mißfelder hat gesagt, das C spiele in der CDU kaum noch eine Rolle: „Vielleicht bei Kauder, der ist da sehr engagiert.“ Sind Sie noch in der richtigen Partei?

Kauder: Ja. Die CDU macht Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, dessen Grundansatz am besten im Galater-Brief des Apostels Paulus im Neuen Testament beschrieben ist. Dort steht, dass der Mensch zur Freiheit berufen ist, aber auch zur Verantwortung für seinen Mitmenschen. In diesen Sätzen drückt sich alles aus. Und das ist der Maßstab für die Politik der CDU.

SPIEGEL: Herr Kauder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Attackierte muslimische Gebäude*: „Falls wir den Gebetsruf hören, werden wir den Krieg

EXTREMISMUS

Brandsätze und Schweineblut

Mit der sich verschärfenden Integrationsdebatte häufen sich auch die Attacken gegen Muslime in Deutschland. Mit großem Aufwand versuchen Ermittler, Anschläge auf Moscheen aufzuklären.

Um 1.45 Uhr hört Yasir Aziz den Knall. Als der Student aus dem Fenster des Gästehauses der Ahmadiyya-Moschee in Berlin-Wilmersdorf sieht, steigt dichter Qualm auf. Vor dem Gotteshaus brennt es, die Flammen greifen auf die Haustür über. Aziz ruft die Polizei. Wenig später treffen Beamte ein und können den Brand mit Feuerlöschern aus ihrem Streifenwagen ersticken.

In den Resten des Brandsatzes finden sich später Gaskartuschen, zwei Flaschen Spiritus, Reste von Böllern und Schrauben – eine potentiell tödliche Mischung, wäre Aziz, 27, im Moment der Explosion vor die Tür getreten. „Ich dachte nicht, dass so etwas in Berlin möglich ist“, sagt Aziz, der aus Schweden zu Besuch war.

Der Angriff auf die Ahmadiyya-Moschee am 8. Januar ist der siebte bekanntgewordene Brandanschlag auf eine Berliner Moschee in den letzten sechs Monaten. Und auch andernorts häufen sich Straftaten mit antiislamischem Hintergrund.

* Oben: Sehlik-Moschee in Berlin; unten: Gebetshaus in Elsenfeld (Rohbau), Ahmadiyya-Moschee in Berlin.

Fast wöchentlich registrieren islamische Verbände Schmierereien, Drohbriefe oder ähnliche Aggressionen gegen Moscheen, Kulturvereine und andere Einrichtungen. „Falls wir den Gebetsruf hören, werden wir den Krieg beginnen und euch alle verbrennen“, heißt es dann zum Beispiel. Erst in der Nacht zum 5. Januar wurde eine Moschee im nordrhein-westfälischen Wipperfurth zum wiederholten Mal mit rechtsradikalen Parolen beschmiert.

Politiker, Fahnder und die Vertreter muslimischer Gemeinden und Verbände sind alarmiert. Viele von ihnen fürchten, dass die erbittert ausgetragene Integrationsdiskussion zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft in rechten Kreisen führt.

„Das Klima gegenüber Muslimen hat sich durch die Sarrazin-Debatte im vergangenen Jahr weiter verschärft“, sagt Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD). „Für mich liegt der Verdacht nahe, dass zumindest ein Teil der Moschee-Anschläge auf dieses Klima zurückzuführen ist.“

Auch Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland,



beginnen und euch alle verbrennen“

spricht von einer „neuen Qualität der Gewalt“. Sie werde seit gut eineinhalb Jahren immer sichtbarer. „Hassbriefe sind wir gewohnt“, sagt Mazyek, „aber inzwischen unterschreiben die Leute mit ihrem vollen Namen und meinen, dass die Ausgrenzung völlig in Ordnung sei.“ Die islamische Glaubensgemeinschaft, so Mazyek, erfahre „nach Anschlägen kaum noch Solidarität und Empathie – der verkorkste Diskurs über Muslime hat die Brunnens vergiftet“.

Ohnehin sind Sympathien für den Islam oder wenigstens für die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit offenbar nicht besonders weit verbreitet. 58 Prozent der Deutschen sind nach einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung vom vergangenen Jahr dafür, dass die Religionsausübung für Muslime in der Bundesrepublik „erheblich eingeschränkt“ werden sollte.

Viele Straftaten folgen dem Vorbild antisemitischer Attacken. Wiederholt kommen zum Beispiel Teile von Kadavern zum Einsatz, die als unrein gelten und größtmögliche ehrverletzende Wirkung erzielen sollen. So besudelten vier Männer im Alter zwischen 21 und 24 im Oktober 2009 den Rohbau einer Moschee im unterfränkischen Elsenfeld mit Schweineblut und schleuderten Tieraugen gegen die Fassade. Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg verhängte gegen die Täter inzwischen rechtskräftige Strafbefehle wegen Sachbeschädigung. „Eine islamfeindliche Motivation“, so die Leitende Oberstaatsanwältin, sei „nicht aus-

zuschließen“, da sich die Beschuldigten über den Neubau „geärgert“ hätten. Das Blut und die Augen hatte einer der Täter von seiner Arbeitsstelle besorgt, einem Schlachthof in Aschaffenburg.

Wenige Wochen nach der Blut-Attacke ging bei einer Moschee in Köln-Ehrenfeld ein anonymes Postpaket mit abgehackten Schweinefüßen ein.

Im Dezember 2009 und im Januar 2010 verschickte ein Muslimhasser dann unter falschem Absender fünf Umschläge mit abgetrennten Schweineohren an islamische Einrichtungen. Den Kadaverteilen waren maschinengeschriebene Pamphlete beigelegt: „Hier erhalten Sie die kostbarste Reliquie des Islam: ein Stück aus der Vorhaut des Propheten.“ Die Kriminalpolizei konnte einen 73-jährigen Rentner aus Marburg als Täter ermitteln. Dem Akademiker wurde später eine Geldbuße in Höhe von 12 000 Euro auferlegt.

Am 5. September 2010, im islamischen Fastenmonat Ramadan, legten Unbekannte gegen 21.25 Uhr einen abgehackten Wildschweinkopf vor dem Gebetsraum eines Kulturvereins im Berliner Ortsteil Wedding ab. Das Landeskriminalamt übernahm die Ermittlungen.

Doch der symbolischen folgt längst physische Gewalt. Als es im Juni 2010 erstmals an der Berliner Sehittik-Moschee brannte, glaubte die Gemeinde noch an einen dummen Streich. An der Rückseite des Grundstücks, das an einen Friedhof grenzt, hatte jemand unter einem Kellerfenster Plastik angezündet. Dann aber folgten im August zwei weitere Brandstif-

tungen an derselben Hauswand. Am 19. November schließlich fuhr jemand eine schwere Propangasflasche hinter die Moschee, entzündete vor dem Fenster des Leichenwaschraums ein Feuer und stellte den Gascontainer hinein. Noch vor dem Morgengebet entdeckte der Hauswart den Brand und riss die Flasche aus den Flammen. Zurück blieben eine rußverschmierte Hauswand und die Angst.

Nur eine Woche später wurde die Al-Nur-Moschee in Berlin-Neukölln angegriffen. Der Anschlag auf den Gebetsraum, der in einem abgelegenen Industriegebiet liegt, war besonders perfide. Der oder die Täter leiteten durch einen Seiteneingang eine größere Menge brennbare Flüssigkeit ins Gebäude und zündeten sie an. Die Hitzeentwicklung war so stark, dass sich der Putz von der Decke löste – und glücklicherweise die Flammen erstickte.

Ziel des nächsten – sechsten – Anschlags war am 9. Dezember die Islamische Kulturgemeinde der Iraner in Berlin-Tempelhof. Einem Gemeindeglied, das frühmorgens die Räume reinigte, fiel ein Auto auf, das mehrmals an der Moschee vorbeifuhr. Kurz darauf wurde ein Brandsatz gegen die Fassade geschleudert, er schlug knapp neben einem Fenster auf und beschädigte die Hauswand.

Entsprechend nervös sind nun die Sicherheitsbehörden. Das Berliner Landeskriminalamt, Kommissariat 535 für Staatsschutz, ermittelt mit Hochdruck; zeitweise sind in der Hauptstadt bis zu 70 Beamte zum Schutz islamischer Einrichtungen im Einsatz.

In der Berliner Politik wird bereits die Frage diskutiert, ob künftig auch Moscheen – wie viele Synagogen – rund um die Uhr unter staatlichen Schutz gestellt werden müssen.

Wer hinter den Brandanschlägen steht, ob sie alle von ein und derselben Person oder gar von Gruppen verübt wurden, ist noch unklar. An einem Tatort hat die Spurensicherung ein wirres Pamphlet entdeckt, das auf einen möglicherweise psychisch gestörten Einzeltäter mit ausgeprägtem Islamhass hindeuten könnte.

An der Berliner Sehittik-Moschee versuchen die Gemeindeglieder nach inzwischen vier Anschlägen nun, sich selbst zu schützen. Am vergangenen Donnerstag rückte die Polizei noch einmal mit Spürhunden an, die das Gelände absuchten.

„Ich kann nachts nicht mehr schlafen“, sagt Yavuz Selim Akgül, der Vorsitzende der Moschee. „Die Unruhe in der Gemeinde wächst von Tag zu Tag.“ Rund um die Uhr bewachen nun Glaubensbrüder das Gelände, zudem hat die Gemeinde Überwachungskameras angebracht. Vom Berliner Senat fühlt sich Akgül alleingelassen. „Es muss wohl erst Schreckliches passieren, ehe die Politiker aufwachen“, sagt er. SVEN BECKER, SVEN RÖBEL